



## Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Integrationsrat	19.08.2008	
Ausschuss Soziales und Senioren	11.09.2008	
Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün	21.08.2008	

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen  
aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage  
nach § 4 der Geschäftsord-  
nung

Stellungnahme zu einem  
Antrag nach § 3 der Ge-  
schäftsordnung

### **Sexualpädagogik für insbesondere bildungsferne männliche Jugendliche**

#### **Allgemeiner Hintergrund**

Die Verwaltung befasst sich derzeit – teilweise im Auftrag des Rates und in konsequenter Umsetzung der Forderungen des Leitbildes – mit verschiedenen Aspekten der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Köln. Eine besondere Bedeutung kommt dabei deren gesunder Entwicklung zu sowie den möglichen Konsequenzen von Störungen einer solchen gesunden Entwicklung (z. B. Jugenddelinquenz oder Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit bei unter 25-jährigen).

Dabei geht die Verwaltung in Übereinstimmung mit dem Stand von Wissenschaft und Forschung davon aus, dass für die zukünftigen Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen eine Reihe von Faktoren von entscheidender Bedeutung sind. Diese spielen bereits bei der sehr frühen Entwicklung eines Kindes eine wesentliche Rolle und betreffen neben anlagebedingten Aspekten vor allem die äußeren Lebensumstände des Kindes und seiner Ursprungsfamilie wie z. B.

- Niedriger Sozialstatus bzw. Armut,
- Unvollständigkeit oder Instabilität der Familie,
- Schlechte Wohnverhältnisse,
- Minderheitenstatus und Ausgrenzung,
- Eingeschränkte Bildungschancen

sowie die frühen sozialen Interaktionen wie z. B.

- Unerwünschtheit des Kindes,
- wenig oder einseitige Anregung,
- Psychische Erkrankung oder Suchterkrankung der Bezugsperson(en),

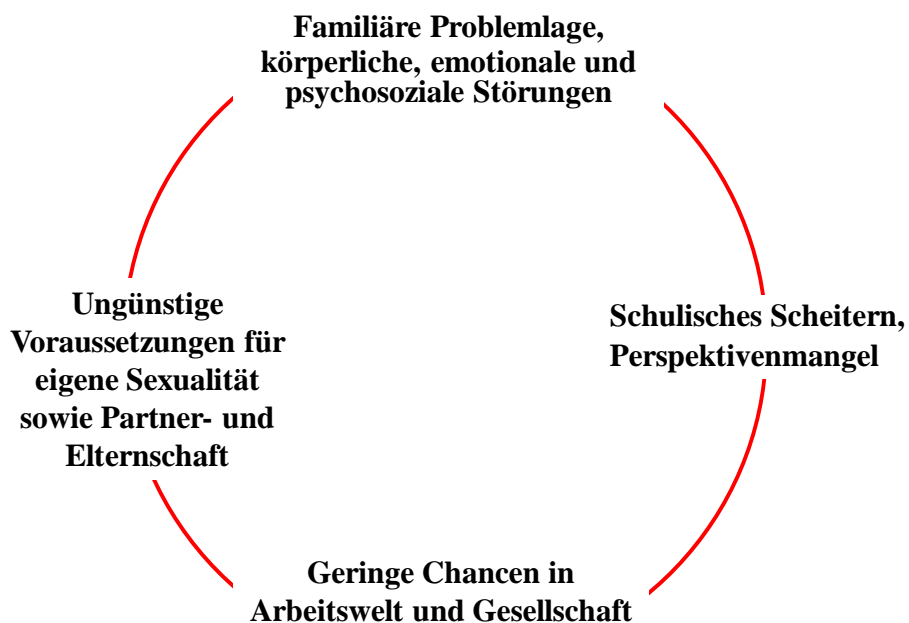
- Gewalterfahrungen der Eltern,
- Überforderung der Eltern bzw. des Kindes).

Diese Faktoren können ebenso wie die Erfahrung von Ablehnung, Verwahrlosung und Gewalt sowie eigenem Versagen zu Beziehungsstörungen, Störungen der emotionalen und psychischen Entwicklung und anderen Auffälligkeiten führen. Im Gegensatz zu körperlich begründeten, z. B. angeborenen Entwicklungsstörungen werden die hier beschriebenen Störungen einer gesunden Entwicklung als „soziogen“ bezeichnet. Und es kann als sicher angesehen werden, dass Kinder mit schwereren soziogenen Entwicklungsstörungen ohne entsprechende Interventionen deutlich mehr Schulschwierigkeiten haben, deutlich häufiger die Schule abbrechen bzw. nur niederrangige Schulabschlüsse erwerben als Kinder ohne derartige gesundheitliche Auffälligkeiten. Sie stehen am Ende der Schullaufbahn fast ohne jede Chance auf einen Arbeitsplatz bzw. eine Ausbildungsstelle da, sie sind deutlich mehr drogengefährdet und deutlich häufiger delinquent (U. Fegeler, Elke Jäger-Roman, Kinder- und Jugendarzt Nr. 1 2008).

### **Spezieller Hintergrund**

Ein in diesem Zusammenhang bislang zu wenig beachteter Aspekt, auf den die vorliegende Mitteilung aufmerksam machen möchte, ist die sich aus dem beschriebenen Sachverhalt ergebende Konsequenz, wenn die betroffenen Jugendlichen mit ihren negativen Erfahrungen und Einstellungen sowie ihren Verhaltensproblemen und Entwicklungsauffälligkeiten selbst wiederum sexuell aktiv werden, Partnerschaften eingehen und Eltern werden. Ohne entsprechende Information und Unterstützung kann sich dann leicht ein Teufelskreis schließen, der eine wesentliche Ursache dafür beschreibt, dass nachteilige Lebensverhältnisse und Verhaltensweisen so oft familiär weitergegeben werden und dass die soziale Herkunft in Deutschland im internationalen Vergleich besonders ausschlaggebend ist für die Zukunftschancen der nachwachsenden Generation.

Der geschilderte Sachverhalt ist im Folgenden als Schaubild nochmals dargestellt:



Die Verwaltung wird in loser Folge den hier beschriebenen Ablauf differenzierter darstellen und den Ausschuss darüber informieren, an welchen Stellen sie mit welchen Maßnahmen versucht, den dargestellten „Teufelskreis“ zu durchbrechen.

In der vorliegenden Mitteilung geht es um die Hinführung insbesondere bildungsferner männlicher Jugendlicher zu einer selbstbestimmten und verantwortungsbewussten Sexualität durch sexualpädagogische Maßnahmen des Gesundheitsamtes. In einer weiteren Mitteilung wird der Ausschuss über die Unterstützung und Hilfe für minderjährige bzw. junge und überforderte Schwangere infor-

miert.

Sexualerziehung und primäre Sexualinformation ist in erster Linie eine Aufgabe der Erziehung in der Familie. Allerdings wird diese Aufgabe in vielen Familien nicht erbracht. Daher ist Sexualpädagogik heute vor allem eine Querschnittsaufgabe öffentlicher Bildung, die in allen pädagogischen Einrichtungen, wie Kindergarten, Schule, Einrichtungen der Jugendarbeit, Jugendhilfe u. a. m. angemessen erfolgen soll. Darüber hinaus gibt es sexualpädagogische Angebote durch freie Träger wie Pro Familia und kirchliche Einrichtungen.

Das Erfordernis einer ergänzenden Sexualpädagogik auch durch das kommunale Gesundheitsamt ergibt sich nach Überzeugung der Verwaltung zum einen aus dem Auftrag des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst in NRW (ÖGDG NRW). Danach gehört es zu den Aufgaben der unteren Gesundheitsbehörde, Kinder und Jugendliche vor Gesundheitsgefahren zu schützen und ihre Gesundheit zu fördern. Nach Auffassung der Verwaltung sind in diesem Zusammenhang besonders Arbeitsansätze von Bedeutung, die den vorstehend beschriebenen „Teufelskreis“ zu durchbrechen vermögen.

Aber auch bei der Erfüllung des gesetzlichen Auftrags nach dem Schwangeren- und Familienhilfegesetz (SFHG) kommt im Rahmen der Sicherstellung eines wohnortnahen und pluralen Beratungsangebotes den weltanschaulich neutralen und niedrigschwelligen kommunalen Beratungsstellen eine besondere Bedeutung zu. Daher wird seitens des Landes dieser Arbeitsbereich, zu dem auch die gesetzlich vorgesehene Beratung in Fragen der Sexualaufklärung, Verhütung und Familienplanung sowie in allen eine Schwangerschaft unmittelbar oder mittelbar berührenden Fragen gehört, zu 80 % bezuschusst.

Schließlich sind gerade bei der Sexualpädagogik für eher bildungsferne Jugendliche mit z. T. erheblichen soziogenen Entwicklungsauffälligkeiten, mit einem an problematischen Vorbildern entwickelten Rollenverständnis und oftmals gravierenden Störungen des Sozialverhaltens Arbeitsansätze erforderlich, die eine spezielle Aus- und Fortbildung erfordern und die auf eine enge Kooperation mit weiteren Arbeitsbereichen des Gesundheitsamtes angewiesen sind (Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, Beratungsstelle für Partnerschafts- und Schwangerschaftskonflikte und vor allem Beratungsstelle für HIV/AIDS sowie andere sexuell übertragbare Krankheiten). Das Konzept des Gesundheitsamtes geht dabei von einer ganzheitlichen Sicht des Themas „sexuelle Gesundheit“ aus, das Informationen zur Prävention sexuell übertragbarer Krankheiten und Fragen der Familienplanung ebenso umfasst wie Aspekte von Partnerschaft und Bindung sowie von eigener Elternschaft.

Seit 1998 findet im Gesundheitsamt sexualpädagogische Information und Beratung in Kooperation des Sachgebietes „Information und Beratung zu HIV/AIDS und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten“ sowie des Arbeitsbereiches „Familien- und Partnerschaftsberatung, Schwangerschaftskonfliktberatung“ sehr erfolgreich statt. Allerdings zeigte sich bald, dass insbesondere bildungsfernere männliche Jugendliche erhebliche Probleme haben, sexualpädagogische Beratung in geschlechtsgemischten Gruppen bzw. durch weibliche Sexualpädagoginnen in Anspruch zu nehmen. (Dies hat natürlich seine naheliegenden Gründe in der Wahrnehmung spezifischer Geschlechterrollen und in der mit der offenen Besprechung des Themas verbundenen Scham. Es mag aber auch hierzu beitragen, dass Jungen insbesondere aus „vaterlosen“ Familien in der für die Sozialisation so wichtigen Phase des Kindergarten- und Grundschulalters kaum noch männliche Vorbilder und Identifikationsfiguren außerhalb der – nicht selten prekären – Peergroups haben.) Die Erreichbarkeit dieser wichtigen Zielgruppe konnte in der Folge durch den Einsatz eines männlichen Sexualpädagogen erheblich gesteigert werden.

Der derzeit für die Arbeit mit männlichen Jugendlichen zuständige Mitarbeiter durchläuft ergänzend zu seinem Studium an der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen in Münster berufsbegleitend eine spezifische Zusatzausbildung am „Institut für Sexualpädagogik“ (ISP) in Dortmund. Hier geht es u. a. um spezifische entwicklungsphysiologische und entwicklungspsychologische Fachkenntnisse hinsichtlich der psychosexuellen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Die Resonanz auf das jungenspezifische Angebot des Gesundheitsamtes ist bei den Institutionen (besonders Förderschulen, Hauptschulen, Jugendeinrichtungen), die für die von ihnen betreuten Jugendlichen um entsprechende Veranstaltungen nachsuchen, aber auch seitens der Jugendlichen selbst, außerordentlich positiv. Von dem Mitarbeiter wurden neben seinen Aufgaben bei der Multiplikatorenfortbildung und bei der Schwangerschaftsberatung trotz seiner Teilzeitstelle im vergangenen Jahr 49 Veranstaltungen durchgeführt, bei denen fast 500 Jugendliche erreicht wurden. Alle diese Jugendlichen gehören bildungsfernen und sozio-ökonomisch benachteiligten Bevölkerungsschichten an, der Anteil der männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund beträgt knapp 40 % (während er bei den Mädchen fast 60 % beträgt). Hier besteht also noch Handlungsbedarf. 22 Wünsche nach sexualpädagogischen Veranstaltungen konnten nicht erfüllt werden.

Seit Beginn dieses Jahres konnte die Stelle zu einer Vollzeitstelle aufgestockt werden. Bis 30.06. d. J. wurde bereits die Zahl der Veranstaltungen des Vorjahres erreicht. Dennoch ist die Nachfrage immer noch größer als die mögliche Kapazität. Die Wartezeit auf einen Termin beträgt im Allgemeinen etwa sechs Monate, für 2009 liegen bereits entsprechende Anfragen bis etwa zur Jahresmitte vor.

Jeder Jugendliche, der an einer entsprechenden Veranstaltung teilgenommen hat, wird um eine persönliche Rückmeldung gebeten. Aus diesen geht hervor, dass die übermittelten Informationen sehr gut verstanden wurden. Dies könnte dafür sprechen, dass sie auch tatsächlich umgesetzt werden. Ein entsprechendes Verhalten zur Prävention sexuell übertragbarer Krankheiten und ungewollter Schwangerschaften ist gerade bei dem Klientel des Gesundheitsamtes nicht selbstverständlich. Viele Jugendliche geben ihrer Erleichterung darüber Ausdruck, dass ihre drängenden Fragen endlich beantwortet worden seien. Die Institutionen, die von den Jugendlichen besucht werden, melden häufig eine Weiterentwicklung der Kommunikation der Jugendlichen zu sexuellen Themen und einen bewussteren Umgang mit Grenzen zurück. Es ergäben sich auch in der Zeit nach der Veranstaltung weiterführende Fragen der Jugendlichen. Vielfach wird von den Institutionen wie von den Jugendlichen der Wunsch nach Folgeveranstaltungen geäußert.